

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: 77, Jannowitz 5909, Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 231 B

BERLIN • Sonnabend, den 1. Oktober 1932

1. JAHRGANG

Die Diktatur der Polizei.



W—er. Wir hatten im „Funken“ die Ankündigung der Internationalen Hilfsvereinigung (IHV) gebracht, die am Donnerstag in Berlin eine große Massen-Protestkundgebung gegen Faschismus, Sondergerichte und Presseverbote veranstalten wollte. Diese Versammlung war selbstverständlich ordnungsmäßig angemeldet worden, und die polizeiliche Genehmigung lag vor.

Kurz vor dem geplanten Anfang der Versammlung (etwa um 17 Uhr nachmittags!) wurde die Versammlung durch den Polizeipräsidenten verboten.

der „den Umständen nach besorgte, daß die Ruhe und Sicherheit gestört werden könnte“. Selbstverständlich fehlte auch der Hinweis auf die bei Umgehung dieses Verbotes zu erwartenden Strafen nicht; die ursprünglich erteilte Genehmigung wurde ausdrücklich zurückgezogen.

(Auch die für Freitag abend geplante Versammlung der „Roten Hilfe“ zur Rettung der Charlottenburger Antifaschisten mit dem Thema: „Es geht um ihre Köpfe“, ist verboten worden.)

Es gehört offenbar zur neueren Technik der Herren von der Polizei, die Arbeiterschaft auf diese Weise zu schikanieren; denn anders kann man es nicht nennen. Woran sollte die Gefahr für die öffentliche Sicherheit gelegen haben? Erst vor kurzem war eine Riesenveranstaltung der IHV muster-gültig durchgeführt worden; kein Polizist hatte dabei mehr zu tun als zuzusehen. Keinerlei Anlaß lag vor, anzunehmen, daß die Veranstaltung diesmal anders verlaufen würde. Warum also doch das Verbot?

Wir können darüber selbstverständlich nur Vermutungen anstellen, und die sehen so aus:

Zwei der angekündigten Redner für die geplanten Versammlungen verteidigen die Angeklagten in dem gerade jetzt laufenden sogenannten Berliner Kommunisten-Prozeß. In diesem Prozeß sind gerade in diesen Tagen die Methoden der politischen und der anderen Polizei unter die Lupe der Öffentlichkeit genommen worden, und es stellten sich dabei einige ziemlich dunkle Stellen heraus. Auch der Polizei-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages tat das-selbe mit dem gleichen Ergebnis. In diesem letzten Fall entzog Herr Brächt die Polizei der Blamage; im Fall der IHV tat das der junge Mann des Herrn Brächt, der auf die gleiche „präsidiale“ Weise in sein Präsidenten-Amt gekommen ist und wie sein Herr Chef selber in seins. — Selbstverständlich wird eine Sache nicht dadurch besser, daß über sie nicht geredet werden darf. Auch die Polizei hat sich der öffentlichen Kritik zu stellen — jedenfalls in einer Republik. Und vorläufig gilt Deutschland noch als ein solches Gebilde, wenn es dort auch im übrigen ziemlich „präsidial“ zugeht vom Reichs- bis herunter zu den Polizei-Präsidenten.

Was die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angeht, so werden diese beiden in der Tat notwendigen Bedingungen eines rechtlichen staatlichen Lebens am meisten durch solche Methoden gefährdet. Denn die Anforderungen der öffentlichen Sicherheit besagen nicht, daß die Existenz der herrschenden Klasse gesichert wird, sondern daß jedem Bürger sein Recht gesichert wird. Dazu gehört, daß eine staatlich zugelassene Partei ihre Ziele propagieren darf, daß sie sich dazu versammeln darf — und zwar auch dann, wenn die Polizei etwas anderes für richtig hält als in der angesagten Versammlung vermutlich vertreten werden wird.

Wir haben aus den Meldungen der jüngsten Zeit über Versammlungsverbote nicht den Eindruck, daß von der Polizei nach diesem Grundsatz verfahren wird. Man gewinnt vielmehr den Eindruck, daß hier in der Hauptsache die Ruhe der Polizei gesichert werden soll. Wir verstehen diesen Wunsch, aber dann soll sich die Polizei mit uns darum bemühen, daß die Klassengesellschaft verschwindet, und damit die Gründe für die Unruhe unter der Arbeiterschaft.

Mag auch die äußere Ordnung in einem Staat durch solche Verbote gesichert werden können — rechtlich sieht es darin um so unordentlicher aus. Dieses Unrecht geschieht nicht etwa nur dadurch, daß man einen Teil der Menschen daran hindert, ihre Bestrebungen zu verfolgen; das Unrecht ist noch weit naheliegender: Die erwähnte Versammlung war völlig vorbereitet und zwar im Vertrauen auf die polizeiliche Genehmigung!; man hatte sich also selbstverständlich auch große Kosten gemacht. Als beinahe alles an Vor-

Verstärkte Kriegsvorbereitungen.

Luft-Gaskrieg wird geübt.

In der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf wurden auf Veranlassung des „Langnamvereins“ am Donnerstag Luftschutzübungen veranstaltet, „um festzustellen, ob die von der Industrie vorbereiteten industriellen Luftschutzmaßnahmen geeignet erscheinen, den Schutz der Belegschaft und der Anlagen gegen etwaige Luftangriffe im Rahmen des Möglichen zu gewährleisten. Durchgeführt wurde die Übung von Teilen der Belegschaft der Rheinmetall mit Unterstützung der Technischen Nothilfe und des Roten Kreuzes“. — In dem Bericht aus Düsseldorf heißt es zum Schluß: „Die Übung vermittelte den Teilnehmern eine lebendige Vorstellung davon, was von Seiten der Wirtschaft bereits an vorbereitenden Schritten für den industriellen Luftschutz getan worden ist, und man darf als Ergebnis wohl feststellen, daß eine vollständige Durchführung aller Pläne, die für den industriellen Luftschutz schwaben, deren Verwirklichung jedoch vorläufig aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden muß, die Gewähr dafür bietet, daß die Gefahren, die von einem feindlichen Luftangriff gerade für die industrielle Arbeitsstätte drohen, wenigstens in ihren schlimmsten Auswirkungen gedämmt werden können.“

Das sind ganz offene Kriegsvorbereitungen. Leider läßt sich aus der Meldung nicht entnehmen, ob die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft dieses Betriebes an diesem Rummel teilgenommen hat, oder wie weit sie daran beteiligt war.

Daß diese „Luftschutzübungen“ planmäßig organisiert werden, zeigen zwei andere Meldungen: In einer aus Potsdam heißt es: „Die am Donnerstag unter Leitung des Luftschutzbeirates veranstaltete Luftschutzübung verlief außerordentlich eindrucksvoll. Alle Möglichkeiten, die der zivile Luftschutz heute bietet, wurden einer vieltausendköpfigen Menge vorgeführt. Wenige Minuten, nachdem

„Fliegeralarm“ gegeben war, stockte jeglicher Verkehr. Das Publikum ließ sich willig durch die Polizei in die Unterstände führen, die gegen Gas und Splitter Schutz bieten sollen. Bald darauf erschienen Flugzeuge über der Stadt. Ihre Bombenabwürfe wurden markiert durch Abwerfen von Zetteln, durch Kanonenschläge und Aufstellen von Hinweistafeln. ... Die „Verwundeten“ wurden in Musterluftschutzräume transportiert, die noch bis zum 2. Oktober zur Besichtigung durch das Publikum geöffnet bleiben. Die Veranstaltung dürfte ihren Zweck in hohem Maße erfüllt haben.“

Eine Meldung aus Berlin lautet: „Am Donnerstag nachmittags veranstaltete der Deutsche Luftfahrtverband e. V. auf dem Flughafen Tempelhof als Auftakt zu dem großen Dela-Flugtag eine Generalprobe des „Fliegerangriffs auf ein Industriewerk“, um die Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen auf der Erde und in der Luft, sowie die Wirkung der vorhandenen Geräte festzustellen. Die Übung klappte von Anfang bis Ende vortrefflich. Auf dem Dela-Flugtag, der am Sonntag, dem 2. Oktober, um 14.30 Uhr beginnt, wird der große Luftangriff von 100 Dela-Flugzeugen auf ein Industriewerk mit Vernebelung des Werkes zum Schluß des Programms durchgeführt werden.“

Es wird Zeit, daß sich die Arbeiterbewegung mit diesen Dingen befaßt und diesem Spuk ein Ende macht, der die „schlimmsten Auswirkungen“ einer entfesselten Mord-industrie eindämmen soll. Diese Mordindustrie verdient gleich doppelt am Krieg: Sie produziert Waffen für den Mord — und Schutzgegenstände für seine Verhinderung (wie Unterstände, wozu man eiserne Träger und Zement braucht).

Es kann nicht oft genug gesagt werden: Der Krieg kann nur verhindert werden durch Bekämpfung seiner Vorbereitungen. Zu diesen gehört die Produktion von Kanonen so gut wie die von Luftschutzgegenständen.

Noch immer Freidenkerverfolgungen.

Herr Melcher sieht weiße Mäuse.

Da eine Anzahl der früheren Mitglieder des verbotenen Verbandes proletarischer Freidenker Mitglied der „Volkshilfe mit Bestattungsfürsorge“ ist, die übrigens ein Unter-

rein privatkapitalistischen Versicherungskonzerns ist, hat die Polizei am Donnerstag die Berliner Büroräume dieser Einrichtung durchsucht, um Anhaltspunkte für ihre Vermutung zu suchen, daß die „Volkshilfe“ eine illegale Fortführung des Verbandes proletarischer Freidenker sei. Die Räume wurden geschlossen, versiegelt, das Schriftenmaterial

bereitungen getroffen worden war, erfolgte das Verbot. Die Kosten sind zum größten Teil von solcher Art, daß sie einfach vertan sind. Wenn man auch von der Zahlung der vertraglich vereinbarten Saalmiete durch Verhandeln wahrscheinlich entbunden werden kann, so sind doch die Kosten für Plakate, Flugzettel und deren Verbreitung, ferner für Schreibmaterial, -arbeit und Porto unwiederbringlich verloren. Dazu kommt, daß man auch die Genossen, die an der Versammlung teilnehmen wollten, nicht mehr von dem Verbot benachrichtigen konnte. Jeder hat sich also den in Berlin oft stundenlangen Weg machen müssen, um dann zu erfahren, daß er wieder unverrichteter Sache nach Hause gehen könne.

Alle diese Sachen halten wir für Schikanen der Polizei; denn alles, was hier durch ihre Verbieterie herauskommt, wissen die Verantwortlichen selbstverständlich so gut wie wir.

Es hat also niemand die Sicherheit, daß sich Geldausgaben für proletarische Zwecke überhaupt lohnen, jedenfalls so weit die Polizei darüber mit zu entscheiden hat. Es hat sogar niemand die Sicherheit, daß die Polizei bei ihrer eigenen erteilten Genehmigung bleiben wird. Man hat der Polizei gegenüber gar keine Sicherheit.

Wer schafft also die öffentliche Unsicherheit?

beschlagnahmt und die festgestellten Vermögenstücke sichergestellt. Ähnliche Aktionen werden wohl in anderen Orten Preußens in diesen Tagen in derselben Weise durchgeführt werden. Polizei, Staatsanwälte und Untersuchungsrichter bekommen damit wieder etwas zu tun und eine proletarische Organisation wird möglicherweise auf Wochen in ihrer Arbeit lahmgelegt.

Da es sich bei der „Volkshilfe“ um ein kapitalstarkes Privatunternehmen handelt, wird hoffentlich mal die Frage des Schadenersatzes aufgerollt und vor den Gerichten zur Entscheidung gebracht. — Wenn Herr Melcher erst einmal in die Tasche greifen muß, um den von ihm angerichteten Schaden selber zu bezahlen, wird er in seiner vorherigen Ermittlung etwas gründlicher sein.

Was kann man gegen solche Uebergriffe der Polizei tun? Rein äußerlich und unmittelbar zunächst nichts. Denn vorläufig ist die Arbeiterschaft noch nicht in der Lage, geent gegen die Klassenherren vorzugehen. Wenn sie das könnte, wären Hindenburg, Papen, Brächt und Melcher nie in ihre Posten gekommen. — Unmittelbar sollte man die Empörung der Arbeiterschaft in die richtige Bahn gießen, d. h. sie in die Einheitsfront an irgend einer Stelle eingliedern. Ich kenne Viele, die unter dem unmittelbaren Eindruck der Polizeidiktatur den Eintritt in die Internationale Hilfsvereinigung vollzogen, in eine Organisation also, die parteipolitisch neutral sich den Schutz der proletarischen Gefangenen zum Zweck gesetzt hat.*

Solche Wirkungen hat Herr Melcher natürlich nicht geplant; aber es war schon oft so, daß manches anders kam als jemand dachte. Daß das im Falle Melcher ebenso werden möge, ist unser Wunsch, und diesem Ziel gilt unsere Arbeit. Deshalb ergeht hier der Aufruf an alle, der gestern in der Versammlung geplant war:

Helft mit beim Kampf gegen die Sondergerichte, die Pressoknebelung und die Polizeidiktatur. Reicht Euch ein in die Abwehrfront gegen den Faschismus!

*) Aufnahmeschein in dieser Nummer.

Der Ferne Osten.

China klagt an.

Die chinesische Regierung hat durch ihren Gesandten Yen dem Völkerbundrat und allen Mitgliedern des Völkerbundes eine Erklärung überreicht, in der sie in sieben Punkten nachweist, daß Japan die elementarsten Regeln des Völkerrechts, den Völkerbundspakt, den Kellogg-Pakt und den Neun-Mächte-Vertrag verletzt, die übernommenen Verpflichtungen, keine territorialen Ziele in China zu verfolgen und die japanischen Truppen zurückzuziehen, nicht eingehalten und gegen die Beschlüsse der Völkerbundsversammlung verstoßen habe.

Die chinesische Regierung behält sich alle Maßnahmen vor, die sich aus der gegenwärtigen Lage, dem internationalen Recht und den Verträgen ergeben.

Japan droht.

Der japanische Kriegsminister Araki hat gedroht, die Städte Peking und Tientsin von seinen Truppen besetzen zu lassen. Der chinesische Außenminister teilt hierzu mit, daß die chinesische Regierung zu den bereits getroffenen weiteren

Schutzmaßnahmen ergreifen wird, sobald ihr der amtliche Wortlaut der Erklärung Arakis vorliegt.

Bei Kirin wurden 600 chinesische Freischärler von japanischer Infanterie gefangen genommen und ihr Führer erschossen.

Chinesen erobern einen Teil der Mandchurei.

Die chinesischen Eisenbahnschutztruppen, die im Gebiet der ostchinesischen Eisenbahn gegen die mandchurischen Behörden kämpfen, haben das Gebiet zwischen Mandchuria (an der sibirischen Grenze) und Hailun erobert. In diesem Gebiet liegt auch die Stadt Tsitsikar, um die noch in den vergangenen Tagen schwere Kämpfe stattgefunden haben.

Die mandchurische Regierung beabsichtigt, das Gebiet mit Hilfe von 5000 Kavalleristen wiederzuerobern.

Aus Tokio wird berichtet, daß die japanische Regierung mit der Sowjetregierung in Verbindung getreten ist, um ihr Einverständnis über die zu ergreifenden militärischen Maßnahmen einzuholen.

Der Gesandte des neuen mandchurischen Staates, der die Vertretung Mandchukuos in Japan übernehmen soll, ist in Tokio eingetroffen.

„Kreuzzüge“ gegen die Sowjet-Union.

Als der kanadische Ministerpräsident auf der Konferenz von Ottawa darauf drängte, England möge die Einfuhr russischer Waren verbieten, da konnte man überall in der kommunistischen Presse lesen: In Ottawa wird die Front zum Kriege gegen die Sowjet-Union weiter geschmiedet. Wir vertreten schon damals die Ansicht, daß die Forderungen der kanadischen Delegation sehr wohl dadurch erklärt werden können, daß Kanada gerade die Waren zu verkaufen hat, die England jetzt aus Rußland einführt, z. B. Weizen und Holz. Daß die kanadischen „Antibolschewisten“ keineswegs davor zurückschrecken, mit Rußland Geschäfte zu machen, wenn sie dadurch etwas verdienen, geht aus folgender Nachricht hervor, die in England großes Befremden erregt hat:

Vor einigen Tagen traf in dem kanadischen Hafen Montreal ein dänischer Dampfer ein mit einer Ladung von 9000 Tonnen russischen Petroleum. Es wurde bekannt, daß dies die erste Lieferung auf einen größeren Vertrag sei, den Rußland mit der kanadischen Aluminium-Korporation abgeschlossen hat, die dafür Aluminium nach Rußland liefert.

In der Öffentlichkeit war vor Eintreffen des Schiffes nichts über diesen Vertrag bekannt und die Frage tauchte auf: Ist er abgeschlossen worden, bevor der Ministerpräsident Bennett das Gesetz erließ, daß die Einfuhr russischer Waren nach Kanada verboten, und wußte Bennett etwas von diesem Vertrag, als er in Ottawa alle möglichen und unmöglichen Argumente vorbrachte, um England zum Erlaß eines ähnlichen Gesetzes zu bewegen? Der konservative „Montreal Star“ behauptet, Bennett habe diesen Vertrag sanktioniert.

Dieser Fall hat große Ähnlichkeit mit einem anderen, der sich vor einigen Jahren ereignete: Detering, der Chef des Shell Petroleum-Trusts, erklärte, als er eben von einer Konferenz käme, auf der die kapitalistischen Oeltrusts beschlossen hatten, das russische Oel zu boykottieren: Mit Rußland, dieser unchristlichen Nation, wolle er nichts zu tun haben. Es dauerte kaum sechs Wochen, bis sich Detering in den Zug setzte in Richtung nach dieser selben „unchristlichen Nation“ und einen Vertrag über die Ausbeutung der russischen Oelfelder mit der Sowjetregierung machte.

Spanien wird weiter gesäubert.

Der spanische Außenminister hat im Zusammenhang mit dem Sanjurjo-Putsch, eine Anzahl von diplomatischen Beamten abgebaut. Ein Botschafter und zwei Gesandte wurden einfach verabschiedet, sechs Botschafter und elf Gesandte vorzeitig pensioniert. Weitere 27 diplomatische Beamte wurden teils pensioniert, teils einfach verabschiedet.

In dem spanischen Dorfe „Carboneras“ versuchten etwa fünfhundert Einwohner, unter Führung eines Gemeinderats, die Steuereinnahmer aus dem Rathaus zu holen und festzunehmen. Die bedrohten Beamten wurden durch Eingreifen einer Zolltruppe gerettet.

Aus der besten Zeit des deutschen Sozialismus.

Einer der Alten erzählt.

In diesen Tagen jährt sich zum 54. Male der Erlaß des Sozialistengesetzes (1. Oktober 1878) und zum 42. Male dessen Aufhebung (30. September 1890). Wir bringen hier einige Erinnerungen eines Genossen an jene Zeit. Sie sind so lehrreich, daß alle Revolutionäre von heute — besonders die jungen! — sie sich recht gut hinter die Ohren schreiben sollten. Die Redaktion.

Bei der Aufnahme neuer Mitarbeiter wurde sehr vorsichtig zu Werke gegangen. In der Familie des Betroffenen wurden Erkundigungen eingezogen. Fielen sie günstig aus, so erfolgte zunächst eine Mitarbeit unter Aufsicht eines bereits erprobten Genossen. Menschen, von denen bekannt war, daß sie sich öfter betranken, kamen für eine Mitarbeit nicht in Frage.

Eine der wichtigsten Arbeiten war die Verbreitung des „Sozialdemokrat“. Die Ausgabe der Zeitung erfolgte meist in kleinen unscheinbaren Kneipen, die eine günstige Lage und besonders gute Möglichkeiten zum Ausreißen boten. Jeder Genosse kannte

den „roten Postmeister“,

über dessen Findigkeit im Versand des „Sozialdemokrat“ auch Bebel in seinem Buch „Aus meinem Leben“ berichtet, und wollte ihm nachsehen. Wer mit Zeitungen abgefaßt wurde, konnte auf eine Gefängnisstrafe nicht unter einem halben Jahre rechnen. Die kleinen Kneipen, die dauernd gewechselt wurden, wurden an solchen Ausgabtagen (bzw. -abenden) von sicheren Genossen umstellt, die nach Polizeispitzeln Ausschau halten mußten. Diese Aufgabe war nicht so einfach, weil die Beamten natürlich nicht in Uniform erschienen. Gute Läufer waren hierbei notwendig, die auch schnell genug warnen konnten. Es war wohl im März 1889 vor der Wahl anläßlich einer Flugblattausgabe im „Schweinekopf“ in Plötzensee, als ein Genosse, der über das Eis flüchten wollte, ertrank.

Nach dem Hungerstreik.

Gandhi wieder Gefangener.

Die indische Regierung hat Gandhi alle Freiheiten, die ihm während seines Hungerstreiks zubilligt worden waren, wieder entzogen. Er hat nicht mehr das Recht, im Gefängnis frei aus- und einzugehen und jederzeit Besuche zu empfangen. Die Regierung fürchtet offensichtlich, daß die Besprechungen, die Gandhi mit Führern des All-Indischen Kongresses hatte, zu einer Wiederbelebung des Ungehorsamkeitsfeldzugs führen könnten.

Parias als Priester.

Gandhis Hungerstreik mit seinem Appell an eine Niederreißen der Schranken zwischen den Parias und den übrigen Indern hat dahin geführt, daß in der Gegend von Bombay — so weit man die Geschichte zurückverfolgen kann: zum ersten Mal — ein Paria in einem Hindutempel den Priesterdienst versehen hat, ein Amt, das sonst nur der höchsten Hindukaste, den Brahmanen, vorbehalten war.

Von neuem Kampf gegen die bulgarischen Kommunisten.

Der bulgarische Justizminister hat die Staatsanwälte in der Provinz angewiesen, Material herbeizuschaffen über Prozesse gegen Abgeordnete der (kommunistischen) Arbeiterpartei und über die Teilnahme dieser Abgeordneten an der verbotenen kommunistischen Bewegung. Damit wird offenbar eine Verfolgung der Arbeiterpartei, möglicher Weise ihre Auflösung wegen Fortführung der verbotenen kommunistischen Arbeit vorbereitet. Den Anlaß dazu haben die Gemeinderatswahlen vom Sonntag gegeben, die der Arbeiterpartei in Sofia die Mehrheit brachten.

In der Nacht zum Mittwoch wurde das Klubhaus der Arbeiterpartei von Unbekannten überfallen, die die Einrichtung zerstörten und das gesamte Archiv entführten.

Der Gastgeber der Erzberger-Mörder — Ministerpräsident in Ungarn.

Die ungarische Regierungskrise hat mit der Ernennung des Generals Gömbös zum Ministerpräsidenten ihren Abschluß gefunden. Gömbös, ein persönlicher Vertrauter Horthys, ist als Reaktionär und Faschist bekannt. Zur Zeit der Räteherrschaft in Ungarn war er der Organisator der Gegenrevolution. Die Mörder Erzbergers haben bei ihm Unterschlupf gefunden.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt zur Ernennung Gömbös: „Wenn das Bündnis zwischen dem faschistischen Italien und dem Deutschland der Junker zustandekommt, dann wird in diesem Punkte der Aufrüstung und der Kriegsgefahr das Ungarn des Gömbös nicht fehlen.“

Auch die Klebearbeit

war unter den damaligen Umständen nicht so einfach. Ich klebte gerade einen Zettel „Wählt Hasenclever!“ an einen Zaun in der Pankstraße, als ein dicker Polizist in Zivil auf mich zukam.

„Was machen Sie da?“

„Ich habe mir den Zettel da angesehen.“

Er nahm mich mit zur Wache in der Reinickendorfer Straße. Dort fand ich schon mehrere Genossen von unserer Klebkolonne vor. Die bei mir befindlichen Flugblätter habe ich unauffällig auf der Treppe fallen gelassen. Wir wurden untersucht, mußten sogar unsere Stiefel ausziehen. Da man bei mir nichts fand, ließ man mich gehen. Ein Beamter bemerkte noch: „Kam ist er in Berlin, da treibt er schon ungehörige Dinge.“

Ein anderes Mal hatten wir uns vorgenommen, die Bäume im Humboldthain mit Zetteln zu bekleben. Ich ging mit dem Genossen Sch., dessen Obhut ich als neuer Genosse anvertraut war, einem großen und kräftigen Kerl, von Beruf war er Metallschleifer. Wir hatten kaum mit unserer Arbeit angefangen, da kommt auch schon wieder ein Polizist auf uns zu und macht Anstalten, uns zu verhaften.

Genosse Sch.: „Weisen Sie sich erst mal einmal aus; da könnte ja jeder kommen!“

Nach diesen Worten verabreichte mein Genosse dem Polizisten ein paar kräftige Ohrfeigen, daß dieser umkippte. Er hatte wohl für ein Weichen genug; denn wir konnten unsere Klebearbeit im Hain noch ungestört beenden.

Da wir keine eigenen Versammlungen veranstalten konnten,

besuchten wir die Versammlungen unserer Gegner.

So besuchte ich einmal mit einem Genossen eine konservative Versammlung, und zwar bei Hensel in der Invalidenstraße. Zu Beginn der Versammlung ließ man „Majestät“ hochleben, wobei alle Anwesenden im Saale aufstanden — außer uns beiden natürlich. „Das ist ja Majestätsbeleidigung!“ rief es stürmisch aus dem Saale. Drei Mann sollten uns rausbringen. Wir gingen aber von selber. Wir waren kaum auf der Straße angelangt, als man uns wieder zurückholte. Man glaubte wohl in unserem Falle nicht daran, es mit „ver-

Parade in Genf.

Das Schweigen der Großmächte hatte die Völkerbundsversammlung zu ersticken gedroht; die Reden, die ihre Vertreter am Donnerstag auf die Bitte des Präsidiums der Versammlung hielten, waren schlimmer als ihr Schweigen — es war eine Parade der Worte, ohne Kraft und ohne den Willen zur Arbeit.

Herriot brachte seine Redezeit hin mit unverbindlichen Andeutungen und mit Lobreden auf den Völkerbund, die über die Hemmungen der Wahrheitsliebe erhaben zu sein schienen:

„Ich halte es nicht für zweckmäßig, sämtliche Schwierigkeiten der Abrüstungskonferenz hier aufzuzählen, um nicht die bereits bestehenden Gegensätze zu verschärfen. ... Jetzt handelt es sich um das Problem der Entwurzelung des tausendjährigen Uebels des Kriegs. ... Frankreich will den Völkerbundspakt, nichts als den Völkerbundspakt, den vollen Völkerbundspakt.“

Lord Robert Cecil sprach besser, offener für die Mängel und Schwierigkeiten der Völkerbundsarbeit. Seine Huldigung an den Völkerbund gipfelte in dem Satz, daß Vorwürfe nicht gegen den Völkerbund, sondern gegen seine Mitglieder zu richten seien — eine Feststellung, die allerdings zu der von Cecil nicht berührten Frage Anlaß gibt, ob nicht eine Organisation, die nach Programm und Satzung für den Weltfrieden eintritt, unter Umständen nur dazu dienen kann, diese Idee zu diskreditieren, nämlich dann, wenn ihre Mitglieder sich offen und ungehindert über die anerkannten Grundsätze hinwegsetzen.

Der Hauptteil der Rede galt dem deutsch-französischen Konflikt. Das einzige Wort zu seiner Lösung: Die beiden Staaten sollten sich auf den Boden des Völkerbundsvertrags stellen.

Als Dritter sprach Aloisi, der Vertreter Italiens, ernsthaft besorgt um das Schicksal der Abrüstungskonferenz und damit des Völkerbundes; diese „unruhige und schwierige Epoche der europäischen Geschichte“ müsse abgeschlossen werden. Aber wie? Auf diese Frage ging auch Aloisi nicht ein.

Die Aussicht, daß auf dieser Versammlung andere Entschlüsse gefaßt werden, als solche Schwierigkeiten zu vertagen oder Ausschüsse für sie einzusetzen, ist nach diesem Auftakt geringer als je.

Die für den Freitag angesetzte Vollsitzung des Völkerbundes wurde abgesagt, da sich außer dem Vertreter einer süd-amerikanischen Macht niemand zum Wort gemeldet hatte. Das Präsidium der Konferenz wollte der Versammlung den peinlichen Eindruck dieser stockenden Diskussion ersparen. Es ist zweifelhaft, ob diese „Hauptausprache“ überhaupt fortgesetzt wird.

Nazi-Verbrecher aus Danzig ausgewiesen.

Werden sie ihre Strafe bekommen?

Nachdem die Danziger NS aufgehört haben, im Senat für die deutschnationalistische Regierung zu stimmen und sich die Gefahr einer Hitler-Regierung in Deutschland erheblich verringert hat, hat die Gastfreundschaft Danzigs für Nationalsozialisten, die ein Interesse daran haben, dem Wirkungskreis der deutschen Gerichte auszuweichen, merklich abgenommen. Aus Danzig wurden ausgewiesen: der reichsdeutsche SA-Mann Langhant, der am 8. August in Marienburg einen Überfall auf Kommunisten verübte und dann über die Grenze zukam; der Sturmbannerführer Hagen, ein ostpreussischer Gutsbesitzer, der sich gerühmt hat, an einem Sprengstoffattentat in Ostpreußen beteiligt gewesen zu sein; die NS Kiesel und Lehwald, die von den Staatsanwaltschaften Königsberg und Elbing zum Zwecke der Strafverbüßung gesucht werden.

Wie der Danziger Innensenator Hinz mitteilt, sind die Ausweisungen vorgenommen worden,

um die Entstehung von Unruherden auf Danziger Gebiet zu verhindern.

Es sei überdies unhaltbar, daß das Danziger Staatsgebiet als Asyl für politische Verbrecher dienen könne. Bei Ausweisungen sei nicht danach gefragt worden, welcher Partei der Betreffende angehört.

kommenen Sozialdemokraten“ zu tun zu haben, weil wir beide „gut in Schale“ waren. Es wurde meinem Genossen sogar in der Diskussion eine Redezeit von 10 Minuten gewährt. Die Zollpolitik stand auf der Tagesordnung. Als G. unseren Standpunkt entwickelte, rief man:

„Also doch Sozialdemokraten!“

Man ließ ihn aber ausreden, griff uns auch nicht tödlich an, ja denunzierte uns nicht einmal. Wir hätten sonst sicher Strafe bekommen. Nazi-Methoden waren damals noch unbekannt. G. erhielt sogar am Schluß seiner Ausführungen Beifall, woraus zu schließen war, daß noch mehr Gesinnungsgenossen im Saale anwesend waren, die sich aber erst jetzt hervorwagten.

Es war wohl im März 1889 an einem Wahltag. Ewald stand in Brandenburg-Westhavelland in Stichwahl. Zu acht Mann fuhren wir nachts von Berlin los, und zwar nach Nauen, wo wir von mehreren Nauener Genossen in Empfang genommen wurden, die auch die Führung bei dieser

Land-Agitation

übernahmen. Je zwei Mann bekamen ein Dorf zur Bearbeitung. Jeder Genosse erhielt 100 Flugblätter und schon ging's los. Unser Dorf gehörte wohl zu einer Grafschaft. Ich hatte meine Dorfseite fast durchgeackert und ging zum Schluß noch auf den Gutshof, natürlich steuerte ich gleich auf die Ställe los, habe meine Flugblätter auch schon an den Mann gebracht, trete aus dem letzten Stall heraus und werde von einem mit einer großen Flinte behangenen und von zwei mächtigen Köttern begleiteten Mann empfangen:

„Was willst du unangemeldet hier auf meinem Hof?“

Ich stand da wie eine Bildsäule und glaubte, mein letztes Stündlein hätte geschlagen. Vorsichtig entschuldigte ich mich wegen der Nichtanmeldung und erklärte dann, daß doch heute Wahltag sei und daß ich aus diesem Anlaß hier agitiert hätte.

„Mache er sofort, daß er runter komme“ — sprach das Ungeheuer.

Ich bin wohl mehr geflogen als gegangen und war recht froh, den Hof hinter mir zu haben. Draußen wurde ich auch schon voller Unruhe von meinen Genossen erwartet. Wir gingen nun nach getaner Arbeit wieder zu der Kneipe, in der

Der Sündenbock gefunden.

Polizeiuntersuchungsausschuß kann nicht untersuchen

Im Polizeiuntersuchungsausschuß wurde am Donnerstag zunächst festgestellt, daß der frühere Stadtkommandant von Berlin, Generalleutnant a. D. S o v o r i n, zwar am Abend des 12. September im Reichstag angerufen hat, sich aber aus rein persönlichen Gründen lediglich allgemein nach den Vorgängen erkundigt hat.

Zu einem Zusammenstoß zwischen dem nationalsozialistischen Berichterstatter Engel und dem Zentrumsabgeordneten Me i s t e r m a n n kam es, weil Engel von Dr. Weiß und He i m a n n s b e r g als von „Polizeiburschen“ gesprochen hatte. Nach längeren Verhandlungen bequeme sich Engel dazu, in öffentlicher Sitzung zu erklären, daß er diesen in der Erregung gefallenen Ausdruck als formellen Mißgriff bedauere, nachdem er vorher erklärt hatte, nichts zurücknehmen zu wollen.

Die Deutschnationalen wandten sich grundsätzlich gegen die ganze Beweiserhebung des Ausschusses, da durch die Verweigerung der Aussagegenehmigung für die leitenden und beteiligten Beamten der Polizei keine Erhebungen über die Gründe für das Vorgehen der Polizei hätten angestellt werden können. Die Aussageverweigerung sei damit begründet worden, daß die Methoden bloßgestellt werden könnten, nach denen die Polizeibehörden staatsfeindliche Unternehmungen

zu bekämpfen gezwungen seien. Die Deutschnationalen bedauerten, daß trotzdem versucht worden sei, Beweiserhebungen über die Art des polizeilichen Vorgehens anzustellen.

Mit allen übrigen gegen die Stimmen der Deutschnationalen traf der Ausschuß eine Reihe von Feststellungen, in denen es u. a. heißt, daß nach der aktenmäßigen Darstellung der Behörden Regierungsrat von Werder zunächst die äußerlich erkennbare Verantwortung für die Polizeiaktion im Reichstag trage, die er eigenmächtig und ohne Vorwissen des Polizeipräsidenten und des Reichskommissars vorgenommen zu haben angebe.

Der Ausschuß stellt fest, daß Regierungsrat v. Werder für seine Verfehlung nicht zur Verantwortung gezogen sei. Der Ausschuß sei der Auffassung, daß dies umgehend geschehen müsse. Die Durchsuchung stelle einen Verstoß gegen Artikel 38 der Reichsverfassung dar, für den die kommissarische Staatsregierung die volle Verantwortung trage.

Wahrscheinlich werden wir gelegentlich erfahren, daß der Regierungsrat von Werder statt zur Verantwortung gezogen zu sein, befördert worden ist. Das wäre er wohl sowieso schon, wenn die Aktion gegen die Kommunisten damals zu einem Erfolg geführt hätte. Dann wäre er trotz der Verfassungswidrigkeit der Aktion der Held des Tages gewesen, während er jetzt als Sündenbock fungieren muß.

Die Abstimmungsmanie.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschließt:

- a) das Staatsministerium zu ersuchen, das Demonstrations- und Versammlungsverbot für Versammlungen unter freiem Himmel mit sofortiger Wirkung aufzuheben;
- b) die Vorlegung eines Reichsgesetzentwurfes zu beantragen, wonach das im Betriebsrätegesetz festgelegte Kündigungsanspruchrecht, auch bei Betriebseinschränkungen

und -stilllegungen nur dann in Wegfall kommen darf, wenn die Entlassung durch eine wegen nachgewiesener dauernder Verlustwirtschaft des Betriebes notwendige gänzliche Stilllegung erforderlich wird;

- c) daß im Verordnungsweg bestimmt werden solle, daß bei der Entscheidung über

Einsprüche von Arbeitslosen

gegen das Gutachten der Gemeinden oder Gemeindeverbände bei Prüfung der Hilfsbereitschaft und bei Einsprüchen von

Wohlfahrtsverwerbslosen gegen Verfügungen über die Gewährung von Fürsorge die Mitwirkung der Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer festgelegt werden soll;

- d) daß von Beförderungen und Neuberufungen, die dem Ziel der Verkleinerung der Verwaltung im Wege stehen, abzusehen sei.

Abgelehnt wurde der Antrag, der verlangt, die aus den Ämtern entfernten Beamten wieder in ihr früheres Amt einzusetzen.

Diese ersprießliche Beantworte erinnert fatal an die Tätigkeit gewisser Leute, die eine wichtige Mion aufsetzen und dabei glauben, sie seien der Kaiser von China.

daß es ohne Verfassungsbruch niemals wird abgehen können.

Aber Herr von P a p e n wird das schon besorgen. Wir dürfen zu ihm Vertrauen haben.

Er „berichtigt“ jetzt diese Redewendung so:

„Die Öffentlichkeit sei sich darüber klar, daß eine Verfassungsreform das Gebot der Stunde sei, eine Verfassungsreform, die sich von dem parlamentarischen Regierungssystem abwendet und auf die Bedürfnisse einer Präsidialregierung zugeschnitten ist. Auch im kommenden Reichstag werde eine Zweidrittel-Mehrheit, die dafür notwendig sei, nicht vorhanden sein. Trotzdem dürfe eine solche Reform, da sie unbedingt notwendig sei, nicht scheitern. Herr Dr. Brüning hat uns ja gezeigt, wie man mit dem Artikel 48 auf verfassungsmäßigem Wege regieren kann.“

Er hat also gerade das gesagt, was er hier abstreitet: Eine Zweidrittel-Mehrheit wird sich nicht finden, aber die Reform darf nicht scheitern. Was ist das anders als ein Vorschlag des Verfassungsbruchs? Und Leute mit solcher Wahrheitsliebe wollen Preußen und Deutschland retten!

Hugenberg erwirkt einstweilige Verfügung gegen Goebbels.

Die 19. Zivilkammer des Landgerichts I hat am Donnerstag auf Antrag der Firma August Scherl G. m. b. H. gegen den Herausgeber der Zeitung „Der Angriff“ und Gauleiter der NSDAP, Dr. Josef Goebbels, eine einstweilige Verfügung wegen des von ihm veröffentlichten Aufrufs und Parteibefehls mit Boykottmaßnahmen gegen die „bürgerliche nationale Presse“ erlassen. Der Vertreter der Firma August Scherl G. m. b. H. beantragte die einstweilige Verfügung mit der Begründung, daß der von Dr. Goebbels erlassene Aufruf und Parteibefehl Boykottmaßnahmen enthalte, die einen gröblichen Verstoß gegen die guten Sitten bedeuteten. Die Maßnahmen verletzen den § 826 BGB, ferner auch § 1 und § 16 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb. Das Gericht hat daraufhin folgende einstweilige Verfügung erlassen:

- In Sachen August Scherl G. m. b. H., Berlin, gegen
 - 1. die Firma „Der Angriff“ G. m. b. H. in Berlin,
 - 2. den Zeitungsherausgeber Dr. Josef Goebbels in Berlin wird aus Anlaß des erstmalig in Nr. 193 des „Angriff“ vom 21. September 1932 veröffentlichten Parteibefehls den Antraggegnern bei Vermeidung einer fiskalischen
- Goldstrafe bis zu 800 000 RM und einer fiskalischen Strafe bis zu sechs Monaten Haft für jeden Fall und Tag der Zuwiderhandlung**

untersagt, Erklärungen zu veröffentlichen oder zu verbreiten oder veröffentlichen oder verbreiten zu lassen, welche einen wirtschaftlichen Boykott gegen die Antragstellerin enthalten oder boykottähnlichen Charakter tragen. Die Kosten des Verfahrens werden den Antraggegnern auferlegt.

Josef Goebbels hat Pech mit seinem „Parteibefehl“. Am Dienstag hat sein Osaf Adolf Hitler erklären lassen, der „Parteibefehl“ gelte nicht für das Reich, sondern nur für Berlin, und jetzt macht auch noch Herr H u g e n b e r g einen dicken Strich durch die Rechnung, und Herr Goebbels muß dazu die Kosten für die einstweilige Verfügung zahlen. Die groß angekündigten Erweiterungen des „Angriff“ werden jetzt wohl etwas bescheidener ausfallen.

Der Erbärmlichkeit zum Lohn.

Aus dem Prozesumpf.

H. Lt. In einer Bamberger NS-Versammlung berichtete der Reichstagsabgeordnete S c h e m m:

Vor den Wahlen fand in Bayreuth eine Konferenz zwischen den NS und den Verlegern der oberfränkischen „bürgerlich-neutralen“ Zeitungen statt. Die Verleger wurden vor die Wahl gestellt: Entweder ihr unterstützt im Wahlkampf die NSDAP oder die NS gründen eine neue Tageszeitung für Oberfranken. Die folgen und geschäftstüchtigen Verleger entschieden sich für die Unterstützung der NSDAP. Sie haben ihr Versprechen auch gehalten: Nächsther allerdings schwenkten sie immer mehr ins Lager der P a p e n - Regierung ein. S c h e m m kündigte deshalb an, daß nuncmehr ab 1. Oktober die neue nationalsozialistische Tageszeitung für Oberfranken erscheinen werde.

In Anhalt regieren die Nazis. Sie haben beschlossen, Hindenburgs Geburtstag nicht in den Schulen feiern zu lassen. Wir halten das für richtig. Denn wir können nichts finden, das zu einer besonderen Ehrung Hindenburgs Veranlassung geben könnte. Das hohe Alter allein tut's nicht. Auch die persönliche Unbescholtenheit nicht.

Ein Burgfriede ist nicht geplant, teilt die Reichsregierung mit.

Freiherr von L e r s n e r, der den Verkehr mit den Ländern im Süden aufrecht erhält, hat der hessischen Regierung seinen Antrittsbesuch gemacht.

Deutschnationale und Nazis.

Die Kluft wird immer tiefer!

Wif berichteten schon von der Störung einer Versammlung der DNVP in Breslau durch die Nazis. Die ohnmächtige Wut der Nazis, die sich um die Früchte einer Arbeit durch ihre ehemaligen Brüder geprellt schon, ist verständlich. Zu allen Ueberflut schreien jetzt die Deutschnationalen seelenruhig, daß sie sich durch Manöver, wie die Nazis sie jetzt anwenden, nicht irren machen lassen, sondern die „klare Linie“ H u g e n b e r g s nicht verlassen würden.

Es ist gewiß nützlich, daß die beiden Gruppen sich jetzt in die Haare gekriegt haben — aber die Art der Herren von der DNVP ist in der Tat übel. Ein neues Beispiel bietet Herr G r a a f, seines Zeichens Vizepräsident des Reichstages. Er hat die Rede in Breslau gehalten, bei der die Nazis so geklärt haben. Dabei soll er gesagt haben:

„Ich bin beim Reichspräsidenten mit einem schneidigen Schwert dazwischengefahren, als man versuchte, den Parlamentarismus durch Nationalsozialisten und Zentrum zu retten. Wir sind der Meinung,

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Nicht nur hier, in vier oder fünf Räumen gleichzeitig, hält die SPD solche Soldatenversammlungen ab. Die Abgeordneten Antrick und Cohen pendeln von einer Sitzung in die andere, und jedesmal, wenn sie eine Delegation zusammengestellt haben, schicken sie sie zu den Unabhängigen hinüber.

Wieder betritt eine Soldatendelegation das Fraktionszimmer der Unabhängigen. Die Abgeordneten haben alle Hände voll zu tun, die Soldaten, die zwar nur ihren eingelernten Spruch hersagen, aber sich dabei wie wild gebärden, zu beruhigen.

Seit der frühen Vormittagsstunde, in der zu ihrem großen Erstaunen Ebert und Scheidemann in ihrem Fraktionszimmer erschienen, debattieren die Unabhängigen für und wider eine gemeinsame Regierungsbildung mit den Sozialdemokraten.

L e d e b o u r ist gegen eine gemeinsame Regierung. Dittman befürwortet diese Idee und schlägt eine paritätische Besetzung sämtlicher Ämter vor. Die Gesamtheit aber beschließt, zum soundsovielten Male an diesem Tage schon, nicht beschlußfähig zu sein, weil der Vorstand nicht vollzählig und der Vorsitzende Haase von seiner Reise nach Kiel noch immer nicht zurück ist.

„Wenn's nicht bald wird, machen wir Soldaten allein die Regierung!“

„Dann wählen wir einfach die Sozialdemokraten und fertig!“

„Länger warten wir jetzt nicht mehr!“

Während die Abgeordneten noch auf die Soldaten eindreden, kommt ein Mann in das Zimmer herein, außer Atem vom schnellen Laufen, der Führer der Revolutionären Obleute, der bis jetzt im Hinterzimmer vom „Musikalischen Fuchs“ vor seinem Berliner Stadtplan gesessen, keine Meldung mehr

von den Stoßtruppen bekommen und keine Ordres mehr auszugeben hatte, — Emil Barth, dem die Bewegung vollständig aus den Händen gegliiten ist.

Er hat schon von den Einigungsverhandlungen gehört. Aufgeregt fährt er die herumstehenden Unabhängigen an: „Das Polizeipräsidium haben wir, das Rathaus ist besetzt, überall sind wir siegreich, und da sollen wir uns mit den Verrätern am Sozialismus, mit Ebert und Scheidemann, an einen Tisch setzen? Ausgeschlossen, das ist ausgeschlossen, sage ich Ihnen!“

„In Hamburg sind wir auch von den Massen zur Eingkeit gedrängt worden!“ wirft Dittmann ein.

„Wenn doch nur Haase da wäre!“

„Parität!“ schreien die Soldatenvertreter.

„Parität!“ brüllen sie schon im Sprecherchor.

Dorrenbach hat für die Truppe in der Wandelhalle einige Brote besorgt, auch ein paar Pakete Kunsthonig hat er aufgetrieben. Bonczyk hat seine Ration wahrgenommen und sich auch eine zweite für Raumschuh geben lassen. Er hockt auf der Lehne des tiefen Ledersessels, in dem sich Raumschuh zum Schlafen hingelegt hat. Aber Raumschuh fühlt sich wie zerschlagen — nicht nur von der nächtlichen Fahrt; nachher im Gefängnis Moabit hat man ihn wegen renitenten Bonchmens in eine kalte Einzelzelle ohne Pritsche gesteckt. Bis zur Befreiung mußte er nach all den Strapazen aufrecht an der Wand stehen. Schlafen ist ihm jetzt wichtiger als alles andere.

Bonczyk hält ihm ein Stück Brot und Kunsthonig vor die Nase, erzählt ihm von der Präsidententribüne im Plenarsaal, die mit rotem Tuch ausgeschlagen wird, vom Ministergang, den er sich angesehen hat, vom Klosett des Kaisers, in dem Teppiche liegen, Spiegel an der Wand hängen und Sessel aufgestellt sind. Raumschuh will nichts wissen, weder von Kunsthonig noch von rotem Tuch, noch von Kaiserklosetts. Er blinzelt zu der hohen Kuppel auf, unter der er liegt, streift mit einem verständnislosen Blick das Getriebe um sich herum, die aufgestellten Gewehrpyramiden, die Feldgrauen, die zwischen leeren Konservenbüchsen, Kartons und Zigarettenstummel auf dem Teppich liegen. Er dreht sich auf die andere Seite und schläft weiter.

Bonczyk steckt das Stück Brot und den kleinen Würfel Kunsthonig in die Tasche. Dann geht er mit einem Kameraden, der auch Durst hat, in das Reichstagsrestaurant.

Am Büfett bleiben sie stehen und sehen sich im Saal etwas um. In einer Ecke entdeckt Bonczyk den vor einigen Stunden zum Reichskanzler ausgerufenen Ebert; neben ihm sitzt Scheidemann. Er kennt die beiden von Zeitungsbildern.

Ebert und Scheidemann haben jeder einen Teller vor sich stehen. Gerade wie sie zu essen anfangen, kommt ein aufgeregter Schwarm von Parlamentariern, Journalisten und Soldaten in den Saal gestürmt. Alle reden auf Scheidemann ein und alle reden auf einmal.

„Genosse Scheidemann . . .“

„Eine Rede!“

„Nein, sofort!“

Scheidemann will erst seine Suppe auslöffeln.

„Das geht nicht, draußen stehen Zehntausende. Liebknecht ist zum Schloß hingefahren. Er will die Sowjetrepublik ausrufen.“

„Schnell, eine Rede!“

„Nein, gleich mußt du kommen!“

Scheidemann wird von seinem Stuhl hochgezogen, er wird durch das Restaurant geschoben, durch die Wandelhalle, durch den Lesesaal, durch eine geöffnete Tür auf den Balkon hinaus. Ein bayerischer Hauptmann reicht ihm die Hand und hilft ihm auf die Brustung. Scheidemann sieht die Massen unten, vor der Freitreppe liegen sie in breiter Schleppe bis zum Bismarckdenkmal, und weiter bis zum Rand des Tiergartens hin. Das mächtige Brausen und Wogen des Massenaufmarsches steigt ihm zu Kopf. Scheidemann ist immer mehr Volkstribun als vorsichtig abwägender Politiker gewesen. Er improvisiert eine Rede, tastend und phrasenhaft zuerst, aber schließlich weit über die politische Absichten der SPD hinausgehend:

„Arbeiter und Soldaten!“

Furchtbar waren die vier Kriegsjahre, grauenhaft die Opfer, die das Volk an Gut und Blut hat bringen müssen. Der unglückselige Krieg ist zu Ende. Das Morden ist vorbei. (Fortsetzung folgt.)

Alle Räder stehen still . . .

Trotz Not und Verordnungen!

Der Streik der 800 Achatschleifer in Oberstein hat zu einem vollen Erfolg geführt.

Auch der Streik bei Schürhoff in Dievelsberg hatte vollen Erfolg. Streikerfolge wurden weiter erzielt bei Thiel in Ruhla (Thüringen), in der Schuhfabrik Maschke in Harthau (Sachsen) und im Düsseldorfer Metallwerk Schenk, Liebe und Harkot, Oberkassel.

Die Landesbutter Leineweber hat die beabsichtigte Lohnsenkung ebenfalls zurückgezogen.

Im Streik bei Jute, Billstedt hat sich die Lage verschärft. Die Polizei hat umfassende Schutzmaßnahmen für Streikbrecher organisiert und rückt mit fünf Ueberfallwagen in Billstedt an. Sammlungen für die streikenden Jutearbeiter sind verboten worden.

Die Belegschaft des Alexanderwerks in Remscheid lehnte am Donnerstag einen Vorschlag des Schlichters ab, daß das

Amtsgericht Remscheid eine für beide Parteien verbindliche Entscheidung über den Lohnkonflikt fällen solle. (Eine beliebte Methode, die Arbeiter reinzulegen!) Die Unternehmer sollen für den Fall der Nichtaufnahme der Arbeit eine

Aussperrung der gesamten Arbeiter

in allen Remscheider Betrieben angedroht haben. Abwarten! In Köln ist die Belegschaft der Baldus AG gegen eine Lohnabbauankündigung in den Streik getreten.

Neue Streiks brachen ferner aus der Pelzer, München-Gladbach, im Hammerschen Betrieb in Rheid und bei der Schuhfabrik Pannier in Cleve.

Die Verhandlungen zwischen den seemannischen Berufsorganisationen und den Rädern über den Tarifstreit für die gesamte deutsche Seeschiffahrt haben am Dienstag keine Einigung gebracht. Es muß damit gerechnet werden, daß für den 1. Oktober von den Seeleuten der Streik proklamiert wird.

Entrüstung in Lancashire. Unternehmer und Priester sind zufrieden.

Wer noch im Zweifel darüber war, zu wessen Gunsten das Abkommen ist, das zwischen den Weberverbänden und den Vereinigungen der Lancashirer Arbeitgeber zur Beendigung des Weberstreiks abgeschlossen wurde, der wird Klarheit erhalten, wenn er liest, wie das Abkommen in den Versammlungen der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände aufgenommen wurde. Das Zentralkomitee der Arbeitgeber erklärte bereits nach einer Stunde, es sei bereit, das Abkommen zu unterzeichnen. Die Sitzung des Generalrats der Weber dauerte sechs Stunden. Sie verlief erregt. Einige der Gewerkschaftssekretäre forderten, vor Unterzeichnung des Abkommens eine Urabstimmung vorzunehmen. Der Generalsekretär ließ über diesen Vorschlag gar nicht erst abstimmen. Nach Schluß der Sitzung wurde bekanntgegeben, daß das Abkommen —

das nach dem Wunsch des Vertragschließenden für die nächsten drei Jahre das Stattfinden von Streiks verhindern soll

— mit 97 gegen 53 Stimmen angenommen sei.

In den kleinen Baumwollstädten Lancshires herrscht große Erregung über das Abkommen. In Nelson beschlossen die 12 000 Weber, die Arbeit nicht aufzunehmen. In Colne fanden zwei Massenversammlungen statt, in denen gegen den neuen Vertrag protestiert wurde. Schließlich gelang es dem Sekretär des Ortsverbandes der Weber, diese zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Ähnliche Berichte kommen aus vielen anderen Städten, z. B. aus Colne und Clitheroe.

Zufrieden sind auch die Priester mit dem Abschluß des Streiks. In Blackburn veranstalteten sie

einen Dankgottesdienst,

zu dem Unternehmer und Arbeiter herzlichst eingeladen wurden. Wofür sollen die Arbeiter sich eigentlich bedanken?

Solidaritätsaktion der Posthelferinnen in Berlin.

Im Bezirk der Oberpostdirektion Berlin sollten Hunderte von Posthelferinnen entlassen werden, weil der Verkehr zurückgegangen ist. Der Zda erreichte in Verhandlungen mit der OPD, daß die Posthelferinnen im Angestelltenverhältnis in den Monaten November 1932 bis Januar 1933 alle sieben Wochen einen unbezahlten Urlaub von sieben Tagen abfeiern und dadurch die Entlassungen von Kolleginnen verhindern. Die tariflichen Rechte werden durch dies Abkommen nicht berührt.

Die Posthelferinnen haben diese Vereinbarung einstimmig angenommen.

Mussolini nach außen und nach innen.

Die 40-stündige Arbeitswoche und Italien.

(ITF.) Die durch die Internationale Transportarbeiter-Föderation in Italien wiedererrichtete — selbstredend illegale — Eisenbahnerorganisation lenkt in ihrer Zeitung, der „Tribuna dei Ferroviari“, die geheim in großem Umfange in Italien verbreitet wird, die Aufmerksamkeit auf einen bei der Italienischen Regierung zu konstatierenden Unterschied zwischen Theorie und Praxis.

Während diese Regierung in Genf, entsprechend dem Vorbilde der Instanzen der Arbeiterbewegung, die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche vorschlägt, klagt die „Tribuna“ über die langen Dienstzeiten bei der italienischen Staatsbahn. Das Blatt gibt dabei Beispiele von Dienstzeiten — und gar des Lokomotivpersonals — die täglich 15 Stunden ununterbrochen dauern, und sich im Laufe eines Monats auf 240—250 Stunden belaufen!

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36 Elisabethufer 22/29.

Der Beleidigte wird bestraft.

13 Monate Zuchthaus für ein paar Backpfeifen.

In Magdeburg erhielt ein Anhänger der „Eisernen Front“ ein Jahr und einen Monat Zuchthaus. Der Angeklagte war von einem Nazi aufgefordert worden, sein „Mistgabel-Abzeichen“ (Drei Pfeile) abzulegen und hatte im Verlauf des entstandenen Streites den Nazi zweimal mit der Faust geschlagen.

Der Nazi ist für seine Einleitung des Streites, an dem er also die Alleinschuld trägt, natürlich nicht bestraft worden! — Steinäcker-Justiz!

Wieder 1 1/2 Jahre Festung wegen Broschürenverteilung.

Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Dienstag den Arbeiter Köllner aus Prenzlau wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum einem Jahr und 6 Monaten Festungshaft. Bei dem Angeklagten sind Schriften hochverräterischen Inhalts (Zersetzung der Reichswehr und Polizei), die er zur Verteilung bereitgehalten hat, gefunden worden. Zu dem Strafmaß führte der Senat u. a. aus:

„Der Senat hat lange überlegt, ob nicht eine Gefängnisstrafe am Platz sei, da sich immer wieder gezeigt hat, daß Festungshaft keinerlei Eindruck auf die Angeklagten macht, und daß wegen der Gefährlichkeit der Zersetzung der Reichswehr eine härtere Strafe, nämlich Gefängnisstrafe, Anwendung finden müsse. Trotz dieser Auffassung hat aber der Senat mildernde Umstände gelten lassen, weil der Angeklagte noch jung und völlig unbestraft ist, und weil er als Parteibeamter gehandelt hat und sich nicht gut seinen Pflichten als solcher gegenüber der Bezirksleitung entziehen kann.“

Beitrittserklärung

Internationalen Hilfs-Vereinigung (I.H.V.)

Ich beantrage meine Aufnahme und zahle erstmalig als Beitrag*) RM Pf.

Vorname

Zuname

Wohnort Postanstalt

Straße und Hausnummer

Beruf geboren

Mitglied welcher Organisationen:

....., den 193

Unterschrift

*) Der Mitgliedsbeitrag beträgt: Für Erwerbstätige 10 Pf. pro Woche, für Erwerbslose und Hausfrauen 10 Pf. pro Monat. Internationale Hilfs-Vereinigung Berlin W 68, Wilhelmstr. 135.

SA-Mann als Brandstifter.

Im Landratsamt in Grüneberg brach am Mittwoch ein Brand aus, bei dem Brandstiftung als Ursache festgestellt wurde. Als Täter wurde der Kassengehilfe und SA-Mann Weißmann ermittelt. Er ist geständig.

Herr von Papen will am 11. Oktober der bayerischen Staatsregierung einen Besuch machen und dem Industriellenverband bei dieser Gelegenheit die Auffassung der Reichsregierung zu den schwebenden Wirtschaftsfragen darlegen. Außerdem ist auch ein Besuch des Reichskanzlers bei der sächsischen Regierung in Aussicht genommen.

In Düren demonstrierten Erwerbslose vor einer Auszahlungsstelle. Die Polizei ging gegen die Demonstranten vor. Es wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen.

Gegen die Vorverlegung der Gemeindewahlen in Preußen, die der Landtag beschlossen hatte, ist vom Preußischen Staatsrat Einspruch erhoben worden. Der Beschluß könnte jetzt nur durch eine Zweidrittel-Mehrheit im Landtag Gesetz werden, was ziemlich unmöglich ist, da zunächst nur die Nazis und die Kommunisten dafür stimmen würden.

Naturkatastrophen.

Das griechische Erdbeben hat verheerend gewirkt. Fünf Dörfer sind völlig zerstört, Tausende von Häusern sind unbewohnbar geworden. In der Nacht zum Donnerstag traten neue Erdstöße auf, die in Saloniki schwere Zerstörungen hervorriefen. An einer Stelle hat sich ein Erdriß von 3 km Länge und 2 m Breite ergeben. Die Zahl der Toten ist auf 328 gestiegen, die der Verwundeten auf mehr als 1000.

Auch das Unwetter auf Portorico hat schwere Opfer gefordert, obwohl es gelang, die Bevölkerung von San Juan noch vor Ausbruch des Unwetters zu alarmieren. Hunderte von Personen sind umgekommen, Häuser sind zerstört worden; die gesamten oberirdischen Leitungen (Licht, Telegraph und Telefon) sind unterbrochen.

Die Konferenz: „Die Rechtsnot in Deutschland“

findet erst am Dienstag, dem 4. Oktober, um 19.30 Uhr im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, statt.

Es werden sprechen: Einleitend Prof. Jastrow über das Thema „Notverordnungen einst und jetzt“, Ministerialdirektor Dr. Hermann Brill, M. d. R., aus Gotha, über „Notverordnungsrecht und Reichsverfassung“, Prof. Sinzheimer, aus Frankfurt (Main), über „Die rechtspolitischen Fragen der Gegenwart“ und Rechtsanwalt Dr. Rudolf Olden über die Sondergerichte.

Für die daran anschließende Debatte haben sich bereits gemeldet die Rechtsanwälte Günther Joachim, Heinz Braun (Magdeburg), Dr. Kurt Rosenfeld u. a.

Karten für diese Veranstaltung sind in der Geschäftsstelle der Liga für Menschenrechte, Berlin N 24, Monbijouplatz 10, Eingang IV/III und an der Abendkasse erhältlich.

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahmepreisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST - REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Macerotech kauft man gut und billig bei

Kurt Levy, Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

Maßarbeit erstklassig und billig

Herren-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme Aufbügeln und Reparaturen

ALFRED ARENSBERG

Berlin - Reinickendorf - Ost hinter der Dori-Aue 14

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987.

Ab 27. Sept.: Deschamps: Der Tugendkönig

Chaplins Traum

Micky Maus: Der kleine Faun

Lupino Lane - Grotoske

Paris (Uraufführung)

Anfangszeit: 17. 18. 20 u. 20.48 Uhr

Freunde und Leser des „Funkens“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schattellen/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!

Otto Pfothauer, Welmar, Röhstr. 40.

Gandhis Hungerstreik siegreich beendet!

Das Nachgeben der englischen Regierung in der Frage des Wahlsystems zeigt die Macht Gandhis und seiner Anhänger. Der neue Feldzug Gandhis gegen die „Unberührbarkeit“ der Parias lenkt wiederum das Interesse auf die Lage des indischen Volkes.

Wer wissen will, wie es in Indien heute aussieht, der lese:

Indien in der Zange. Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes. Von Karl Hinkel.

Mit einer Karte und 9 Bildern / Brosch. 3,— M., Ganzl. 4,— M.

Aus den Presseurteilen: „Gerade jetzt, wo Indien so sehr im Vordergrund steht, kommt dieses Buch im rechten Augenblick. Es ist hauptsächlich für denjenigen bestimmt, der etwas über die wirtschaftlichen Bedingungen in Indien wissen will, sie mit den Zuständen in anderen Ländern vergleichen will, um eine Vorstellung zu bekommen von den Ursachen der großen Armut Indiens und der Rolle, die England dabei gespielt hat. Es ist ein gutgeschriebenes Buch.“

„New India“ Calcutta, 1. September 1932. „Die Bucherschreibungen des Verlages „Öffentliches Leben“ zeichnen sich in ihrer Materialsammlung allesamt durch zuverlässige Genauigkeit und klare Disposition des Stoffes aus. Alle Quellenangaben und Literaturhinweise sind stets umfänglich, alle Behauptungen auf ihre Haltbarkeit mehrfach geprüft und gewissenhaft eingeschränkt, wo es notwendig ist. Diese Vorzüge machen auch das vorliegende Buch zu einer hervorragenden Informationsquelle über die gegenwärtige Situation in Indien und über die wirtschaftlichen und politischen Theorien Gandhis, mit dem selbst und dessen Schülern der Verfasser ausführliche Gespräche hatte.“

„Der Volkslehrer“, Nr. 29, vom 7. August 1932: Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Postscheckkonto Berlin 518 42.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Köln: Samstag, 1. Oktober, 20.15 Uhr, im Coloniasaal, Aachener Straße 5. Thema: „Arbeiterregierung statt Regierung der Barone“. Redner: Erna Mros, Essen.

Freie Aussprache!

Eintritt freil!

Autarkie-Propaganda auf „Deutschen Wochen“.

Das Papensche Wirtschaftsprogramm scheint wirklich für einen großen Teil der Unternehmer den ersehnten Silberstreifen anzukündigen! Ein Zeichen hoffnungsvoller Unternehmer-Initiative bildet die reiche Beschiebung der „Deutschen Woche“ in Magdeburg. (Ähnliche Veranstaltungen finden zur Zeit in vielen Städten statt.) Der Name „Deutsche Woche“ und das Motto, das dieser Ausstellung vorangestellt ist:

„Kauft deutsche Waren und Ihr schafft Arbeit und Brot“
geben den Kurs an, der hier eingeschlagen wird.

Auf dem Werbeauftrag zur Teilnahme standen an erster Stelle der Afa-Bund und die Arbeiterwohlfahrt. Ihnen folgten verschiedene Arbeitgeberverbände, der Landbund und ähnliche kapitalistische Organisationen. Wenn es schon schwer verständlich ist, daß sich Arbeiter mit Kapitalisten zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles verbinden, so ist es einfach beschämend, daß dieses Ziel ausgerechnet die Veranstaltung einer „Deutschen Woche“ ist.

Sehen wir uns das Kind dieser ungleichen Ehe an. Schon die Festreden bei dem Taufakt gaben einen unerfreulichen Ausblick auf seine weitere Entwicklung.

Als Begründung der Notwendigkeit einer „Deutschen Woche“ wurde gesagt, daß Deutschland erst durch Abschluß der anderen Länder gezwungen sei, sich gegen die Einfuhr fremder Waren zu wehren. — Selbst wenn England durch die „Buy-British“ („Kauft britisch“)-Propaganda den Absatz nicht englischer Waren fast völlig unterbunden hätte und die gespannten Handelsbeziehungen Deutschlands mit der Schweiz zum großen Teil auf deren Schuldkonto zu setzen wären, so sieht doch fest, daß erst durch Zölle und Einfuhrkontingente auf ausländische Lebensmittel der heimischen Landwirtschaft zuliebe, die Staaten Dänemark, Holland und Italien so verübert worden sind, daß sie sich als Antwort gegen deutsche Industrieprodukte mit dem gleichen Abschluß wehrten, der fast bis an den Boykott ging. Italien, jahrelang Abnehmer deutscher Kohle, hat seinen Kohlenbezug auf England konzentriert, Dänemark und Holland haben sich erst auf Grund der deutschen Butterzölle und Butterkontingente von der Einfuhr deutscher Fertigwaren zurückgezogen. Die Folge dieses „Konzentrierens auf den deutschen Binnenmarkt“, wie es jetzt von den „Deutschen Wochen“ weiter gefördert werden soll, war nicht „Arbeit und Brot“, sondern

Arbeitslosigkeit und Not
in den Betrieben der Fertigwarenindustrien.

Die Aufforderung des Vertreters des Landbundes, des Grafen von Alvensleben, „zur deutschen Ware zu greifen, ehe man zum ausländischen Fleisch und zur Margarine greife“, grenzt an Unverschämtheit. Grafen und Rittergutsbesitzer pflegen im allgemeinen nicht von Gefrierfleisch und Margarine zu leben. Entspringt etwa diesem Umstand die Annahme, der Proletarier ziehe aus reiner Freude an ausländischen Erzeugnissen die Margarine der Butter, das Gefrierfleisch dem Frischfleisch vor?

Der gleiche Ton, der bei diesen Reden die Musik machte, klingt in der ganzen Ausstellung durch. Anreger und hauptverantwortlich für die „Deutsche Woche“ ist der „Volkswirtschaftliche Aufklärungsdienst, die Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Deutschen“. Ich bin nicht über diese Arbeitsgemeinschaft orientiert, aber was ich an Aufklärung durch diesen „Aufklärungsdienst“ genießen mußte, hat mich mit Grauen aus der Ausstellung getrieben. Riesengroße Tabellen mit folgenden Ergebnissen:

„Eßt deutsche Süßwasserfische!“ (Als ob der Proletarier nicht gern auf seinen Hering verzichtete, wenn er für sein Geld sich Karpfen leisten könnte.)

„Keine ausländische Ware hat die genaue Paßform für unsere Füße!“

„Eßt deutsches Kartoffelmehl (für die notleidenden Grundbesitzer) statt Mais und Reis!“

„Kauft deutsche Tuche!“ (Von deutschen Schafen?)

„Kauft deutsches . . .!“
„ . . . deutsches . . .!“

Es war zu viel. Ich verließ fluchtartig die Hallen!

Ergebnis: Eine trübe nationalistische Angelegenheit, für deren Besuch Arbeiter keinen Pfennig hergeben sollten und deren Besuch durch die Schule er seinen Kindern verbieten soll. Als ich dort war, traf ich fünf Schulklassen, die durch diese Reklameschau geschleift wurden. Nur gut, daß sich das Interesse der Kinder meist im Sammeln von Reklamzetteln und Prospekten erschöpfte, wobei anzunehmen ist, daß wenigstens diese Mengen von Papier einem nützlichen Zweck zugeführt werden.

L. G.

Die Bresche in den Zollmauern von Belgien, Holland, Luxemburg wird wieder zugemauert.

Vertreter Belgiens, Hollands und Luxemburgs hatten am 18. Juni in Ouchy ein Abkommen über gegenseitige und fortschreitende Senkungen der wirtschaftlichen Schranken getroffen. Sie verpflichteten sich, gegenseitig keine neuen Zölle zu erheben und durch eine jährliche Kürzung der Zölle um 10 Prozent die gegenwärtigen Zollschranken zu ermäßigen.

Das klang alles sehr schön. Es sah so aus, als würde hier endlich eine Bresche in die Zollmauern gelegt. Was geschah aber inzwischen?

Belgien hat sich von seinem bisher freihändlerischen Kurs abdrängen lassen und ist zu einer Politik der Kontingentierungen übergegangen. Die Kontingentierung von Butter, Fischen und Getreide wird rasch zu einer Versteuerung der Lebenshaltung führen. Sogar für einige wichtige Rohstoffe sind inzwischen Kontingente angekündigt worden.

Die Holländer beabsichtigen, wie bereits berichtet, ihre Zölle allgemein zu erhöhen, um dadurch dem Staat neue

Einnahmen zu verschaffen. Da die Abmachung von Ouchy bisher von keiner Seite ratifiziert worden ist, würde die Zollsenkung auch gegenüber Belgien zunächst in Kraft treten.

Man rechnet nicht mit einer baldigen Ratifizierung des Zollabkommens in der holländischen Kammer; man sagt, es werde dazu nicht vor Herbst 1933 (!) kommen. Nach Erledigung der Ratifizierung in den drei vertragschließenden Staaten bedarf es erst noch einer Einigung mit denjenigen Staaten, die gegenüber Belgien und Holland aus Handelsverträgen den Anspruch auf Meistbegünstigung haben. Erst wenn diese Staaten darauf verzichtet haben, daß zum Beispiel eine Zollermäßigung, die Belgien gegenüber Holland vornimmt, auch zu ihren Gunsten in Kraft tritt, kann das Abkommen durchgeführt werden.

Inzwischen können die Zollmauern auch zwischen den vertragschließenden Ländern lustig weiter erhöht werden. Die Bresche in den Zollmauern wird also eigentlich zugemauert, bevor sie recht geschlagen worden ist!

Um den deutschen Heringszoll. Eine fadenscheinige Begründung und ihre Widerlegung.

Am 26. September wurde der Zollsatz für gesalzene Heringe von 3 auf 9 Mark je Heringstonne erhöht. Die Zollenerhöhung wurde bezeichnet erstens als Maßnahme gegen ein Dumping englischer Heringe nach Deutschland und zweitens als Maßnahme gegen den englischen Schutz Zoll, der eine Ausfuhr deutscher Heringe nach England verhindere.

Der Reichsverband deutscher Fischhändler nimmt gegen diese amtliche Begründung scharf Stellung: Es habe noch nie eine Ausfuhr von Salzheringen nach England stattgefunden, sondern umgekehrt England sei der Hauptlieferant für Deutschland. Es sei darum auch keine Möglichkeit der Einfuhr deutscher Salzheringe nach England durch Schutz Zoll unterbunden worden. Ebenso wenig habe durch die Entwertung der englischen Währung ein Dumping englischer Heringe nach Deutschland eingesetzt. Vielmehr sei im Jahre 1931 die Einfuhr aus England um 20 Prozent und die Gesamteinfuhr von Salzheringen bis Ende August 1932 um weitere 12 Prozent zurückgegangen. Also mit übermäßiger Einfuhr von Salzheringen habe die Zollerhöhung nicht das geringste zu tun. Vielmehr diene der erhöhte Zoll dazu, die deutsche Salzheringsfischerei durch erhöhte Subventionen zu unterstützen.

Bey.

Deutscher Benzinzoll 300 Prozent des Weltmarktpreises.

Der Benzinzoll frei deutschem Einfuhrhafen ist seit dem 1. Januar 1930 um rund 60 Prozent gesunken; vorübergehend hat er einen noch tieferen Stand gehabt. Der deutsche Zoll hat aber inzwischen annähernd eine Verdreifachung erfahren; der Benzinzoll (einschließlich Tarazuschlag) betrug bis zum 18. Juni 1930 pro Doppelzentner 7,74 Mark, vom 18. Juni 1930 bis zum 5. Juni 1931: 12,90 Mark; seitdem: 21,93 Mark.

Wir stellen Preis und Zollbelastung für einige Daten neben einander:

	Preis frei Einfuhrhafen in Pfennigen je Liter	Zoll in Prozenten des Preises
1. 1. 1930	13,48	42,6
1. 5. 1930	12,81	74,5
15. 6. 1931	5,11	317,6
10. 9. 1932	5,48	298,0

Der Anteil der Erdölprodukte an der deutschen Gesamteinfuhr machte 1931 nur 2,5 Prozent aus. Während die gesamte deutsche Wareneinfuhr Zolleinnahmen in Höhe von 1,2 Milliarden Mark brachte, entfielen auf die Mineralöl-Zölle allein rund 260 Millionen Mark, also 22 Prozent aller Zolleinnahmen. (Dabei war der heute geltende Zollsatz im Jahr 1931 erst seit dem 5. Juni in Kraft!)

Die Folgen des Zolles sind die üblichen; sie werden jedoch beim Benzin durch das krasse Mißverhältnis zwischen Einfuhrpreis und Zoll ins Groteske verzerrt. Die Benzinverbraucher werden außerordentlich stark belastet. Die Interessenten weisen nicht mit Unrecht sehr verstimmt darauf hin, daß ein Fünftel des Zollaufkommens einer Gesellschaft von 65 Millionen Menschen im wesentlichen von einer Million Kraftfahrern aufgebracht wird. Ein Zoll von 300 Prozent des Weltmarktpreises bedeutet ferner geradezu eine

staatliche Förderung der Kapitalhehlung.

H. H.

Vom Handelskriegsschauplatz.

Ungarn droht mit Maßnahmen gegen die deutschen Einfuhrkontingentierungen.

Eine Kontingentierung der deutschen Bananeneinfuhr wird wahrscheinlich zu einer Schließung der Bremerhafener Umschlagseinrichtungen und zur Abwanderung des gesamten Bananeneinfuhrverkehrs nach Rotterdam führen. Daraus würde eine schwere Schädigung für Bremerhafen und für die gesamte Unterweserwirtschaft entstehen. Noch im vergangenen Jahr waren für den Bananentransport 65 große und 62 kleinere Dampfer beschäftigt.

Das Sonderabkommen über den Devisenverkehr zwischen Deutschland und Italien, nach dem deutsche Importeure die Möglichkeit hatten, über die allgemeinen Devisenzuteilungen hinaus Waren aus Italien einzuführen, ist zum 1. Oktober gekündigt worden. Italien droht nun mit Gegenmaßnahmen, die nach Ansicht der italienischen Presse ernste Folgen für den deutschen Export haben werden. — Noch in der ersten Hälfte dieses Jahres hätte Deutschland gegenüber Italien einen Ausfuhrüberschuß von 34 Millionen Mark.

Autarkie?

Der Reichsernährungsminister Braun konnte am Montag in München verkünden, daß Deutschland „nunmehr, im Gegensatz zu früher, in der Brotgetreideversorgung den Getreidebedarf selber decken“ kann. Diese Selbstversorgung ist mit Not und Entbehrung der breiten Massen erkaufte worden. Aber mit der eigenen Brotgetreideversorgung geben sich die Junker noch nicht zufrieden. In aller Kürze haben wir mit einer großen Anzahl von Kontingentierungen für land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse zu rechnen. Die Politik des mächtigsten deutschen Interessentenhaufens isoliert Deutschland immer mehr von der Weltwirtschaft. Mit erschreckender Geschwindigkeit nähert sich die deutsche Wirtschaft dem „Ideal“ der Autarkie.

Was bedeutet eine solche wirtschaftliche Isolierung Deutschlands? Wer sich darüber in Kürze unterrichten will, lese das im Rowohlt-Verlag erschienene 5 Vorträge zusammenfassende Buch: „Autarkie?“ Es enthält die wichtigsten wirtschaftspolitischen Argumente gegen die Autarkie-Bestrebungen.

Was Professor Gerloff auf Seite 29 dieses Buches ausführt, erfahren wir in Deutschland bereits am eigenen Leibe: Autarkie in Deutschland verwirklicht, heißt: „die Bevölkerung für ihren Lebensunterhalt auf den kargen Ertrag einer weder mit natürlichen Schätzen reich bedachten, noch durch ein glückliches Klima begünstigten Landschaft beschränken. Es heißt zugleich, diese Bevölkerung in die härteste Arbeitsfront . . . zwingen.“

Eine einfache Ueberlegung von Gerloff zeigt, wie unsinnig das von Autarkie-Anhängern oft geäußerte Argument ist: wer ausländische Ware kauft, nimmt damit inländischen Arbeitern das Brot: „Jede Ausfuhr bedeutet normaler Weise die Entstehung eines Guthabens in fremder Währung. Dieses Guthaben kann auf gar keine andere Weise verwendet werden als zum Erwerb von Gütern oder zur Bezahlung von Leistungen oder Forderungen im Auslande. Der einfachste Fall ist der der Bezahlung der Einfuhr. Aber auch ein Ausfuhrüberschuß wird in der gleichen Weise verwendet. . . . Alle Maßnahmen zur Verhinderung oder Erschwerung der Einfuhr bedeuten somit zugleich eine Erschwerung oder gar Vernichtung der Ausfuhr.“ (Seite 24f.)

Eine Drosselung der Ausfuhr schadet Arbeitern und Bauern. Denn, so sagt Professor Brandt: „Das mögliche Produktionsvolumen der Landwirtschaft ist durch die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung und auf der anderen Seite durch das Aufnahmevermögen des landwirtschaftlichen Eigenkonsums gegeben. Somit können um so mehr landwirtschaftliche Betriebe prosperieren und um so mehr neue bäuerliche Betriebe mit Erfolg angesetzt werden, je mehr Kaufkraft dem Binnenmarkt auf dem Wege über den Export von Arbeitsprodukten aus der Industrie oder auch aus der Agrarsphäre zugeführt wird. Die Kaufkraft der Landwirtschaft für Industrieprodukte muß andererseits um so größer sein, je mehr die städtische Bevölkerung einnimmt und für bessere Qualität aller Nahrungsmittel zu zahlen vermag.“ (Seite 42f.)

Schade, daß in diesem Buch, das für den Freihandel eintritt, also für Niederlegung der nationalen Zollschranken, so oft autarkiegedankliche Überlegungen vorkommen. Die autarkiegedanklichen Überlegungen überläßt man besser den Autarkie-Anhängern; sie brauchen sie, um eine Ablenkung zu haben, wenn in ihrer autarken Wirtschaft die Mägen knurren!

Helene Beyer.

*) „Autarkie?“ Herausgegeben vom Bund für freie Wirtschaftspolitik E. V., Berlin 1932. 75 Seiten. 1,40 Mark.

SOWJET-UNION

Barzahlung — nach England: Die russische Handelsvertretung in London hat, wie man hört, einen größeren Posten englischen Stahl gekauft; die Lieferung soll bar bezahlt werden. — Die Sowjet-Union tut viel, um sich England als Absatzmarkt zu erhalten!

USA

Fallende Textilarbeiterlöhne: Das Ergebnis einer amtlichen Untersuchung von Anfang dieses Jahres über die Baumwollindustrie in 11 Staaten, die 90 Prozent der Baumwolltextilarbeiter dieser Staaten umfaßte, war: Das Wochenlohn der Arbeiter ist im Durchschnitt folgendermaßen gesunken:

1926	17,48 Dollar
1928	17,30 Dollar
1930	13,88 Dollar
1932	11,78 Dollar

DEUTSCHLAND

Die Betriebe der deutschen Industrie waren im August zu 34,8 Prozent (im Juli: 34,5 Prozent, im August 1931: 44 Prozent) ausgenutzt, und zwar die Betriebe der Konsumgüter-Industrien zu 40 Prozent (im Juli: 39,5 Prozent, im August 1931: 49,5 Prozent) und die Betriebe der Produktionsgüter-Industrien zu 30,8 Prozent (im Juli: 30,7 Prozent, im August 1931: 39,9 Prozent).

Steinkohlenförderung:

	August 1931	Juli 1932	August 1932
Ruhrbezirk	6 896 000 To.	5 796 000 To.	5 860 000 To.
Oberschlesien	1 302 000 To.	1 172 000 To.	1 243 000 To.

	Beschäftigte Arbeiter:		
Ruhrbezirk	242 700	198 300	197 300
Oberschlesien	43 300	35 800	35 500

Die Zahl der Feierschichten wegen Absatzmangel betrug im August 1932 im Ruhrbezirk rund 933 000, das entspricht etwa 4,7 Feierschichten pro Mann der Belegschaft. In Oberschlesien betragen die Feierschichten rund 130 000, das sind pro Kopf der Belegschaft 3,7.

Roheisen- und Walzeisenproduktion (in Tonnen):

	Roheisen	Walzeisen
August 1931	690 000	487 000
Juli 1932	428 000	310 000
August 1932	416 000	269 000

POLEN

Die Eisenhüttenproduktion erreichte im August die höchsten Monatsziffern des laufenden Jahres. Es wurden erzeugt:

	Juli	August
Roheisen	15 000 t	24 000 t
Roheisen	47 000 t	63 000 t
Walzwerkserzeugnisse	36 000 t	45 000 t

Die Zunahme der Produktion ist auf Auslandsbestellungen zurückzuführen.